

Artikel vom 29.11.2023

Piusstraße und Erika-Köth-Straße

CSU fordert Abhilfe gegen akute Parkplatznot



Fahrradbügel statt Parkplätzen an der Piusstraße: Die neuen Abstellmöglichkeiten werden – wie von den Anwohnern regelmäßig dokumentiert – überhaupt nicht genutzt.

Unnütze Fahrradbügel abbauen, Parken auf ungenutzten Flächen erlauben: Mit zwei Bezirksausschussanträgen hat die CSU Berg am Laim das städtische Mobilitätsreferat aufgefordert, gegen die akute Parkplatznot im Bereich der Piusstraße und der Erika-Köth-Straße vorzugehen.

Zum Hintergrund: Die bereits vollzogene Umgestaltung der Piusstraße und laufende Baumaßnahmen haben dazu geführt, dass mehr als die Hälfte der Parkplätze vor Ort entfallen sind. Da die Einführung des Parkraummanagements in dem Bereich seit Jahren an der Untätigkeit des städtischen Mobilitätsreferats scheitert und der Wohnungsbestand aus den 1950er Jahren nur über wenige eigene Garagenstellplätze verfügt, ist der Parkdruck inzwischen äußerst hoch.

Aufgrund der akuten Parkplatznot haben Anwohner den Berg am Laimer Stadtrat Fabian Ewald (CSU) kontaktiert. Neben einigen Maßnahmen, die nach Gesprächen vor Ort kurzfristig umgesetzt werden konnten und bereits zu einer Entlastung der Anwohner führen, hat die CSU-Fraktion in der November-Sitzung zwei Anträge im Bezirksausschuss gestellt:

Einstimmig vom Gremium beschlossen wurde die Forderung an die Verwaltung, zwölf Fahrradbügel wieder abzubauen, die vor einigen Monaten errichtet wurden und seitdem nachgewiesenermaßen

aufgrund fehlenden Bedarfs nicht genutzt werden. Dadurch könnten vier Parkplätze wieder freigemacht werden.

Eine Mehrheit fand auch der Antrag an das Mobilitätsreferat, mit einer Markierung das Parken auf einer provisorische Gehwegfläche zu gestatten, die für Fußgänger aktuell keinerlei verkehrlichen Nutzen hat. Dies wurde bereits mehrfach durch die Polizei geahndet. Durch eine Legalisierung könnten kurzfristig rund zwölf Parkplätze gewonnen werden.

„Die Parkplatznot vor Ort führt zu großem Parksuchverkehr und zu enormem Verdruss bei den Anwohnern, die täglich auf ihr Fahrzeug angewiesen sind. Wir fordern das Mobilitätsreferat mit Nachdruck dazu auf, mit pragmatischen Maßnahmen wirksam dagegen vorzugehen, statt aus politischen Gründen immer weiter Parkplätze zu vernichten und die Menschen in ihrer Mobilität einzuschränken“, so Ewald.